

## Der anrühige Spatenstich

Über die Pharmaindustrie ist vieles gesagt. Erfundene Krankheiten, gekaufte Anwendungsbeobachtungen, Lobbyarbeit, Preisabsprachen, irreführende Werbung, Unterdrückung von Studiendaten, gekaufte Wissenschaftler, alles bekannt. Man muss das eigentlich nicht immer wiederholen. Dennoch gerät man immer wieder ins Erstaunen über die Unverfrorenheit, mit der Politik und Pharmaindustrie ihr harmonisches Zusammenwirken verharmlosen und verheimlichen. Jüngst ist das geschehen mit dem Medizinforschungsgesetz (MFG).

Mit diesem Gesetz soll den zunehmenden Engpässen bei der Arzneimittelversorgung entgegengewirkt werden. Das Bundesgesundheitsministerium schreibt dazu: „Mit dem Medizinforschungsgesetz werden Genehmigungsverfahren für klinische Prüfungen sowie Zulassungsverfahren von Arzneimitteln beschleunigt und entbürokratisiert, bei gleichzeitiger Wahrung der hohen Standards für die Sicherheit von Patientinnen und Patienten.“ Das hört sich doch sehr vernünftig an!

Um verstehen zu können, was jetzt geschehen ist, muss man wissen, was ein Erstattungspreis ist. Seit dem Arzneimittelneuordnungsgesetz (AMNOG) von 2011 werden zwischen Pharmaherstellern und Gesetzlichen Krankenkassen für nahezu alle neu auf den Markt kommenden Medikamente Preisverhandlungen geführt und Erstattungsbeträge vereinbart. Seit einiger Zeit sind die sogenannten Abnehmspritzen in der Diskussion, die gleichzeitig zur Mitbehandlung beim Diabetes mellitus geeignet sind. Die Behandlung bei Diabetes bezahlt die Krankenkasse, den Lifestyle-Einsatz zur Gewichtsabnahme bezahlt sie nicht. Wenn es den Krankenkassen gelingt, den Erstattungspreis für die Indikation Diabetes so weit wie möglich zu drücken, kann man nicht rechtfertigen, für den gleichen Wirkstoff als Abnehmspritze einen vielfach höheren Preis zu verlangen. Ein weiteres Problem: Deutschland gilt als Referenzpreisland. Bekannte hohe Rabatte würden den Preis einer Arznei auch im Ausland drücken. Doch da hilft nun das MFG, mit dem es die Option für Geheimpreise gibt.

Im April 2024 trafen sich Kanzler, Ministerpräsidentin, Minister und Konzernlenker in Alzey und nahmen je einen Spaten in die Hand: Das US-Unternehmen Eli Lilly investiert dort 2,3 Milliarden Euro in die Errichtung einer

Pharma-Produktionsanlage. Große Freude allüberall. Der Bundeskanzler pries die seit Jahrzehnten größte Einzelinvestition in den Pharmastandort Deutschland an. Der Gesundheitsminister prophezeite, dass die meisten Studien der pharmazeutischen Industrie demnächst aus Deutschland kommen werden. Die Ministerpräsidentin



sprach von einem Meilenstein für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz. Der Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer sprach von einem eindrucksvollen Etappenziel auf dem Weg zur internationalen Pharma- und Biotech-Region Rheinhessen, man könne mit 1.000 neuen Arbeitsplätzen rechnen. Und Dave Ricks, CEO von Eli Lilly, betonte das fortwährende Engagement von Eli Lilly für Patientinnen und Patienten, um zuverlässig sichere und qualitativ hochwertige Arzneimittel bereitzustellen, und krönte seine Rede voller Pathos mit „Ich bin ein Alzeier“. Eli Lilly lud sogleich die ganze Stadt Alzey zum großen Sommerfest am 25. August ein. Worüber sich Herr Ricks eigentlich gefreut haben dürfte, hat er in seiner Rede nicht verraten.

In Alzey wird Eli Lilly Medikamente mit dem GIP/GLP-1-Rezeptoragonisten Tirzepatid herstellen, das gleichzeitig als Abnehmspritze (Zepbound) hohe Gewinne verspricht. Für Tirzepatid als Diabetes-Medikament (Mounjaro) werden die Krankenkassen einen Rabatt auf den Erstattungspreis verlangen. Zunächst gab es nur ein Gerücht, dass die Zusage für die Milliardeninvestition in Alzey mit dem Wunsch nach Geheimpreisen verbunden war. Dieses Gerücht wurde von Eli Lilly dementiert. Doch nun kann man in ministeriellen Unterlagen nachlesen, „dass Befürworter einer solchen Regelung insbesondere die Firma Lilly (ist), die ihre Investitionsentscheidung an einen in Aussicht gestellten vertraulichen Erstattungsbetrag geknüpft hatte“. Auch nach der Veröffentlichung dementiert Eli Lilly einen Zusammenhang. Und laut BMG sind Karl Lauterbach „keine Vermerke bekannt“.

Das Medizinforschungsgesetz heißt seither dennoch Lex Lilly. Karl Lauterbach hat Geheimpreis-Klauseln noch 2016 vehement abgelehnt. Jetzt ist er auf der Unglaubwürdigkeitsskala von 1 bis 10 wieder einen weiteren Punkt nach rechts gerutscht.